

# Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Zeitz, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten.

Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Beilage. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

**Verkaufsweg:** Jeden Montag abends für den folgenden Tag. Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich 2,75, bei Zustellung ins Haus monatlich 3,00, durch die Post bezogen vierteljährlich 11,25 ohne Zustellungsgebühr. Die Abonnenten, Postboten, sowie Zeitungsträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

**Postfach-Nr.:** Postfach Nr. 1521. — **Gemeindeverbandskasse:** Bischofswerdaer Kreis Nr. 64. Im Falle eines Umzugs — Antrag oder sonstiger Grund wider die Fortsetzung des Bestandes der Zeitung oder der Verbreitungsleistungen — hat der Besteller seinen Wunsch auf Fortsetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

**Abbestellung:** Die Geschäftsstelle (Hauptstraße 15) oder beim Namen 120 Dts., Straße 50 Dts. Im Falle der Abbestellung nachträglich nachträglich nachträglich. — **Abbestellung:** Die Geschäftsstelle (Hauptstraße 15) oder beim Namen 120 Dts., Straße 50 Dts. Im Falle der Abbestellung nachträglich nachträglich nachträglich. — **Abbestellung:** Die Geschäftsstelle (Hauptstraße 15) oder beim Namen 120 Dts., Straße 50 Dts. Im Falle der Abbestellung nachträglich nachträglich nachträglich.

Nr. 138.

Donnerstag, den 16. Juni 1921.

75. Jahrgang.

## Bericht Rathenaus im Reichskabinett.

Berlin, 15. Juni. (Drahtber.) Das Reichskabinett befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung in Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Rathenau mit den Wiesbadener Verhandlungen über die Wiederaufbaufrage. Der Londoner Berichterstatter des „Berl. Tagebl.“ erzählt, daß der Oberste Rat aus Erfurten Condouens wahrscheinlich Rathenau einladen werde, seine Pläne persönlich oder durch einen Vertreter in der nächsten Sitzung des Obersten Rates zu erörtern.

## Einstellung der Säuberungsaktion in Oberschlesien.

Oppeln, 14. Juni. (Drahtber.) Die Interalliierte Kommission hat die Säuberungsaktion in Oberschlesien eingestellt. Als Grund hierfür gab sie den politischen Parteien an, daß der Selbstschutz sich weigert, vor Niederlegung des Aufstandes, die durch ihn befreiten und beschützten Gegenden zu räumen. Die deutschen Parteien vertreten den Standpunkt, daß es Aufgabe der Interalliierten Kommission ist, endlich einmal gegen die Insurgenten vorzugehen, nicht aber gegen den Selbstschutz, der sich mit Beendigung des Aufstandes von selbst auflöst. Die Besetzung kann sich den von ihr selbst geschaffenen Schutz nicht nehmen lassen, bevor sie durch einen der Kommission eine Gewähr für ihre volle Sicherheit erhalten hat.

Berlin, 16. Juni. (Drahtber.) Wie die Blätter aus Oppeln melden, hat zu dem Abbruch der interalliierten Räumungsaktion der Streit um die Freigabe des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz die Veranlassung gegeben. Der Zwischenausgleich der deutschen Parteien in Oberschlesien wurde von Bernd zur Räumung des Annaberges aufgefordert. Nach genauer Prüfung kam der Zwischenausgleich zu dem Beschluß, daß für die Räumungsaktion die Notwendigkeit zur Räumung des Annaberges nicht bestehe und daß die Forderung ein sichtbares Entgegenkommen gegenüber den Insurgenten bedeute. Aus diesem Grunde erlaubt der Zwischenausgleich und der Führer des deutschen Selbstschutzes die Räumung ablehnen zu müssen.

Wie das „Berl. Tagebl.“ aus zuverlässiger Quelle erzählt, trifft Korfant am Mittwoch in französischer Offiziersuniform in Oppeln ein, um mit General Bernd zu verhandeln.

## Polnische Angriffe im Kreise Rosenberg.

Berlin, 14. Juni. (Drahtber.) Zu größeren Zusammenstößen ist es im Laufe des heutigen Tages in Oberschlesien nicht gekommen, doch haben die Insurgenten ihre Angriffe auf Jembowitz im Kreise Rosenberg erneut aufgenommen. In der Gegend von Rosenberg haben sich nach Abzug der Engländer in südlicher Richtung polnische Banden gebildet, die erneut gegen die Abstimmungsstelle und die deutsche Bevölkerung mit Waffengewalt vorgehen. Es bedarf nicht, daß im Kreise Ratibor die Polen gegenüber der Stadt Ratibor die Dörfer Kartowitz und Hohenbirten geplündert haben.

## Schwere Mißhandlung eines deutschen Arztes.

Breslau, 15. Juni. (Drahtber.) Nach einer Bekanntmachung des Oppelner Ärztevereins ist der Arzt Dr. Fremb in der Nacht zum 11. Juni von einem Mitglied der französischen Kommission ohne ausreichenden Grund verhaftet, beschimpft und auf einer französischen Wache in Gegenwart eines französischen Offiziers schwer mißhandelt worden. Einige dieser Vorfälle erklärte die Oppelner Ärzte, daß sie den Mitgliedern der Entente-Kommission jede ärztliche Hilfe solange verweigern, bis eine genügende Genugtuung vorliegt.

## Ende des deutsch-amerikanischen Kriegszustandes.

Wie wir bereits gestern telegraphisch aus Washington meldeten, hat das Repräsentantenhaus die Entschliessung gefaßt, wonach der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich beendet ist, mit 305 gegen 61 Stimmen angenommen. Durch diesen Beschluß ist insofern eine eigenartige Lage entstanden, als, wie erinnerlich, vom Senat die Resolution zum Kriegszustand angenommen wurde, die, entgegen der Resolution des Repräsentantenhauses, den Kriegszustand nicht beendet, sondern nur die Kriegshandlungen beendet hat. Es muß nun versucht werden, in einem gemeinsamen Ausschuss, der durch Mitglieder beider Häuser gebildet wird, eine Übereinstimmung in der Formulierung der beiden formell verschiedenen Entschliessungen zu finden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist auch anzunehmen, daß eine Einigung gefunden wird, da in beiden Häusern die Republikaner das Übergewicht haben, und diese Partei den Interessen der Geschäftswelt am nächsten steht. Gerade die amerikanische Geschäftswelt war es aber, die bereits seit langem, mehr aus realen Erwägungen heraus die Beendigung des Kriegszustandes gefordert hat. Auch dürfte es der Auffklärungsarbeit der deutsch-amerikanischen Presse doch nach und nach gelingen, dem an sich nüchtern denkenden und urteilenden amerikanischen Volke die Augen zu öffnen, wie lange es sich durch Lügen — man denke nur an den Luftschiffschwindel — irreführen ließ. — Sollte es jedoch wider Erwarten zu keiner Einigung der beiden Häuser kommen, so müßte die Lösung und Erledigung dieser Frage bis zur nächsten Session des Kongresses verschoben werden. Diese würde entweder im November dieses Jahres als außerordentliche Tagung oder erst im Frühjahr des nächsten Jahres als ordentliche Tagung zusammenzutreten. Jedenfalls würde dadurch dann eine sehr erhebliche Hinauszögerung des Friedensschlusses bedingt, die für Deutschland politisch unangenehm, für die Vereinigten Staaten dagegen geschäftlich außerordentlich lästig wäre.

ler gebildet wird, eine Übereinstimmung in der Formulierung der beiden formell verschiedenen Entschliessungen zu finden. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist auch anzunehmen, daß eine Einigung gefunden wird, da in beiden Häusern die Republikaner das Übergewicht haben, und diese Partei den Interessen der Geschäftswelt am nächsten steht. Gerade die amerikanische Geschäftswelt war es aber, die bereits seit langem, mehr aus realen Erwägungen heraus die Beendigung des Kriegszustandes gefordert hat. Auch dürfte es der Auffklärungsarbeit der deutsch-amerikanischen Presse doch nach und nach gelingen, dem an sich nüchtern denkenden und urteilenden amerikanischen Volke die Augen zu öffnen, wie lange es sich durch Lügen — man denke nur an den Luftschiffschwindel — irreführen ließ. — Sollte es jedoch wider Erwarten zu keiner Einigung der beiden Häuser kommen, so müßte die Lösung und Erledigung dieser Frage bis zur nächsten Session des Kongresses verschoben werden. Diese würde entweder im November dieses Jahres als außerordentliche Tagung oder erst im Frühjahr des nächsten Jahres als ordentliche Tagung zusammenzutreten. Jedenfalls würde dadurch dann eine sehr erhebliche Hinauszögerung des Friedensschlusses bedingt, die für Deutschland politisch unangenehm, für die Vereinigten Staaten dagegen geschäftlich außerordentlich lästig wäre.

## Hölz vor Gericht.

Nach Vernehmung der Sachverständigen, begann am Montag die Beweisnahme. Ein festsitzender Henrich aus Mansfeld gab an, es wären am 20. März mehrere Männer, unter ihnen Hölz, am Jäckelschacht erschienen und hätten die Einstellung der Arbeit verlangt. Obwohl ein Bergmann Hölz zurück: „Nun, die Zeit ist doch zu kurz dazu!“ mußte angesichts der drohenden Haltung der Anführer der Aufhebung Folge geleistet werden. Der Zeuge erklärte noch einigem Jögern weiter, Hölz hätte ihn bedroht, er würde, wenn er sich weigerte, in den Schacht gestürzt werden. Ausführlich gestaltete sich die Aussage des Kaufmanns Ullrich aus Berlin, der sich in der kritischen Zeit in Mansfeld aufhielt und von Hölz gewissermaßen zu der Rolle eines Beteiligungs-Schreibers gepreßt worden ist. Der Zeuge hat Hölz einen Eid ablegen müssen, der von Hölz vertretenen Sache zu dienen. In einem Lausitzer in Mansfeld wurden dann Waffen ausgegeben. Hölz hielt an die versammelten Personen eine Ansprache, in der er den Anwesenden in Aussicht stellte, daß sie nicht mehr zu arbeiten brauchen. Der Zeuge mußte Ausweise ausstellen, die mit dem Stempel „K. P. D. Abteilung Helbra“ versehen wurden. Hölz hatte bedeutende Summen bei sich, die er in einer Bank in Helbra „beschlagnahmt“ hatte. Er ließ auch eine Broschüre „Der rote General“, die das Bild des Angeklagten trug, verteilen. Schließlich ist der Zeuge beim Zurückgehen der Schupplage, als sich ihm die Gelegenheit zur Flucht bot, aus dem Hölzischen Quartier entwichen.

Eine ausführliche Schilderung über das Entstehen und den Verlauf der Aufwühlbewegung in Mitteldeutschland gab der Polizeikommissar Heber aus Eisleben. Eine außerordentlich verheerende Tätigkeit hätten Hölz und ein Redakteur Josef Schneider, der später nach Rußland geflüchtet ist, ausgeübt. Hölz insbesondere hätte zur Lösung solcher Personen, die der Spionage verdächtig wären, und zur Ausschaltung des Bürgerkriegs aufgefordert. Bezüglich der Plünderung hätte Hölz in einer der Versammlungen geäußert: Holt euch von den Bürgern das zurück, was die beherrschenden Klassen euren Vätern weggenommen haben. Schlagt die Polizisten nieder!

Es traten dann noch einige weitere Zeugen auf, die ähnliche Befundungen machten. Unter ihnen war der Buchhalter Witkowski aus Helbra, der bei der Kreispartakasse angestellt war. Dort mußte man, daß Hölz in einer Versammlung zur Plünderung der Kasse aufgefordert hatte. Bald darauf erschienen in einem Auto mehrere Leute, die Einlass begehrten und, als ihnen die Tür nicht geöffnet wurde, sich durch die zertrümmerten Fensterscheiben Zutritt verschafften. Der Zeuge hatte die Schlüssel zum Schlosshaken weggenommen. Die Plünderer versuchten durch Drohungen die Herausgabe der Schlüssel zu erzwängen. Witkowski wurde auch von den Hölzianern „verhaftet“ mit dem Hinweis, daß er erschossen werden sollte. Die Ankunft der Schupplage verhoffte dann dem Zeugen die Freiheit. In der weiteren Beweisnahme kamen noch allerlei schwer belastende Momente zur Sprache. Dazu gehört auch die Schilderung eines Zeugen, daß Hölz in einem requirierten Automobil leicht in einer Dynamitfabrik Sprengstoff geholt hätte.

Zum Schluß der Sitzung kam es noch zu einem Zwischenruf zwischen einem Zeugen des Gerichtshofes und

den als Verteidiger fungierenden Justizräten Stad und Frankel, die gegen eine von dem Zeugen getane Zwischenbemerkung protestierten und erklärten, sie würden, wenn die prozessuale Möglichkeit dazu bestünde, nach dieser Bemerkung das Gericht als besanrer ablehnen.

Berlin, 14. Juni. Am heutigen Tage des Hölzprozesses, der sich vermutlich bis weit in die zweite Woche hinein erstrecken wird, hat der Antragsrichter erheblich nachgelassen. Staatsanwalt Dr. Jäger erkennt an, Hölz sei bestrebt gewesen, unnützes und unfluges Blutvergießen nach Möglichkeit zu vermeiden. Rechtsanwalt Hegenrich beantragt, abdam, einen Sipobeamten als Zeugen darüber zu vernehmen, daß er die Behauptung aufstellt habe, Hölz habe einen Mord begangen. Staatsanwalt Jäger erwidert, diesem Antrag stattzugeben, damit die Sache aufgeklärt wird und nicht solche Beschuldigungen auf einem Sipobeamten ruhen bleiben. Mit alseitigem Einverständnis beschloß sich das Gericht die Beschlußfassung vor.

Hierauf wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Der Landjäger Schipper schildert den Besuch einer Hölzbande in der Nebenstelle der Kreispartakasse in Helbra, über den bereits gestern der Zeuge Witkowski berichtete. Als man hörte, er sei Landjäger, hieß es: „Nun, hast Du noch Waffen?“ Ob Hölz sich unter den Leuten befand, weiß er nicht mehr. Der Hilfsprediger Schröder schildert, wie er von Hölz in Eisleben verhaftet worden ist, als er dort von Magdeburg zum Besuch erschien. Als ich still blieb, fragte er mich, wie ich heiße. Ja, antwortete: Schröder.“ Hölz sagte: „Du bleibst hier als Gefangener.“ Für den ersten erschollenen Arbeiter fliegst Du über den Haufen.“ Hölz sagte einer der umstehenden Leute: „Dort oben steht jemand am Fenster, der will spionieren!“ Da zog Hölz seinen Revolver und gab kühnlich vier bis sechs Schüsse auf das Fenster, ab. Der Schlichtermeister Goethe aus Eisleben bestätigte die Aussagen des Zeugen Schröder. Ingenieur Paul Hildebrand, der Bruder des angefallenen Kaufmanns, behauptet, Hölz habe auf seinen Kopf 30 000 Mark ausgelegt, was Hölz prinzipiell niemals getan haben will. Oberpostdirektor August Rehlis aus Eisleben und seine Tochter schildern, wie Hölz mit mehreren Genossen in seiner Wohnung Feuer angelegt und die Möbel und die Betten zerstört habe. Hölz ließ auch eine Brandwache zurück, die das Löschverhindern sollte. Der Postwirt Riebell erhielt Requisitionsscheine, die die Unterschrift von Hölz enthielten. Der Inspektor Diermann auf dem Gute in Helbra wurde verhaftet. Hölz eröffnete, sonst würde das Gebäude in die Luft gesprengt werden. Das geschah auch am nächsten Morgen. Sehr interessant gestaltete sich die Vernehmung des Faktors Schmidt, der von Hölz verhaftet wurde und eine Million Mark Lösegeld zahlen sollte. Er erklärte, daß Hölz ihn im großen und ganzen anständig behandelt und unendliche Grausamkeiten vermieden habe. Vorherrschend: „Nehmen Sie auch, daß es nötig war, Sie mit Erschießen zu bedrohen?“ Zeuge Schmidt: „Ich kann natürlich nicht sagen, was Hölz für nötig hielt.“ Auf weitere Fragen des Angeklagten erklärte der Zeuge noch, daß ihm Hölz mit einem gewissen Triumph von den Sprengungen in Helbra erzählt habe, schließlich sei Hölz auf seine Eltern, seine Jugend und seine frühere Auffassung zu sprechen gekommen und Zeuge hat dabei den Eindruck gewonnen, daß Hölz das, was er tue, innerlich widerstrebend tue, daß er aber, wenn er Blutvergießen für nötig hielt, auch dies tun würde. Hierauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Berlin, 14. Juni. (W. T. S.) Im Prozeß Hölz kam es heute zu einem Zusammenstoß zwischen dem Angeklagten und der Verteidigung einerseits und dem Vorsitzenden andererseits. Der Vorsitzende wollte nicht zulassen, daß der Angeklagte mit seinen Ausführungen sich an den Justizrat wandte. Der Angeklagte war aber nicht zum Schweigen zu bringen und erging sich in Angriffen gegen den Gerichtshof, bei denen er von seinem Verteidiger Hegenrich unterstützt wurde. Ruhe entstand erst wieder, als der Vorsitzende die Sitzung für geschlossen erklärte und den Saal räumte.

## Deutscher Reichstag.

Auf die Tagesordnung der ersten Sitzung des gestern wieder zusammengetretenen Reichstages hatte man nicht weniger als 52 keine Anträge gestellt.

Dann kam man zur zweiten Beratung des Gesetzes über die

Regelung des Verkehrs mit Ostpreußen und Erhaltungsmittel. Hermann erklärte die Regierungsvorlage, nach der im Reichskabinett 1921/22 am 11.